



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

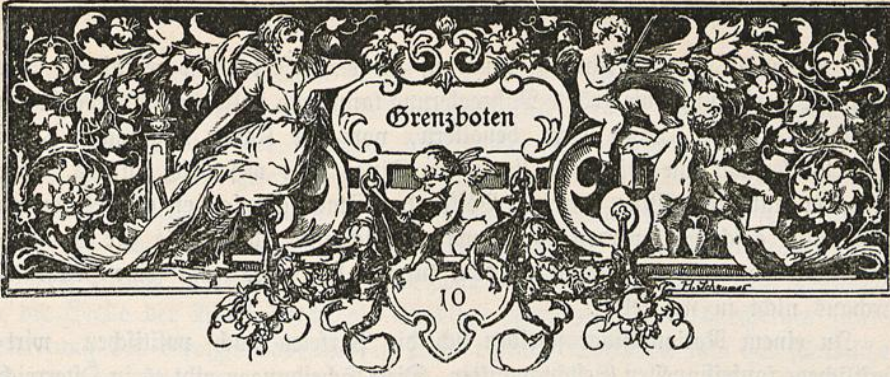
**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Samassa, Paul: Die Kunst, Österreich zu regieren

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die Kunst, Österreich zu regieren

Von Prof. Dr. Paul Samassa-Berlin



ie politische Entwicklung hat dem Absolutismus die Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung, die Kontrolle der Verwaltung durch ein Parlament entgegengestellt. In allen Verfassungsstaaten macht sich die Tendenz geltend, die Grundlagen des Wahlrechts immer mehr zu erweitern, die politischen Vertretungskörper zu demokratisieren. Wir sehen noch kein Ende der demokratischen Flut; einige Anzeichen deuten darauf hin, daß mit der Erweiterung des Wahlrechts ein Sinken des Einflusses der Parlamente Hand in Hand geht. Die ideale Staatsverfassung ist bis heute nicht gefunden; überdies schickt sich eines nicht für alle. Die demokratische Entwicklung des Wahlrechts hat Österreich mitgemacht, bis zu einem Punkt, wo eine Steigerung kaum mehr denkbar ist; das Problem verwickelt sich aber hier dadurch, daß Österreich ein Völkerstaat ist, von verschiedenen Nationalitäten bewohnt, von denen keine die absolute Mehrheit bildet. Und das ergibt natürlich auch ganz andre Perspektiven der künftigen Entwicklung. Man kann in einem Nationalstaat demokratische Einrichtungen für ein großes Unglück halten, man kann dagegen einwenden, daß sie Leute, die keinerlei Befähigung zur Führung der Staatsgeschäfte haben, zu diesen berufen, daß die Herrschaft der oberen sozialen Schichten durch die des Proletariats ersetzt wird, eine Klassenherrschaft durch eine andre, viel schlimmere. Man könnte sich schließlich vorstellen, daß in Deutschland, Frankreich oder England die Sozialdemokratie zur Herrschaft käme und dem betreffenden Lande unendlichen Schaden in seiner internationalen Machtstellung und kulturellen Entwicklung brächte. Wenn aber das Volk als solches nicht bereits so entartet ist, daß es schließlich einer Fremdherrschaft zur Beute fällt, so würde es doch immer aus eigener Kraft eine Abhilfe der ihm schädlichen Zustände schaffen können und über eine Diktatur oder auf andre

Weise wieder zu einer Verfassung kommen, die seinen Interessen gemäß ist. Die schlechteste Verfassung, die größte Mißregierung kann doch schließlich nicht Millionen Menschen, die ein Land dicht bevölkern, von der Karte wegwischen. Bei einem Völkerstaat wie Österreich liegen die Dinge aber wesentlich anders. Hier greift der nationale Wille einzelner Völker den Staat als solchen an; es können Verhältnisse geschaffen werden, die unwiderruflich sind, der Wille zur Gemeinschaft kann dauernd ausgelöscht werden, kurzum das Übel trägt seine Heilmittel durchaus nicht in sich selbst.

In einem Nationalstaat scheiden sich die Parteien nach politischen, wirtschaftlichen, konfessionellen Gesichtspunkten. Diese Scheidungen gibt es in Österreich auch, aber neben ihnen laufen noch die nationalen; man kann ein klerikaler Deutscher, ein agrarischer Tscheche, ein freisinniger Pole, ein sozialdemokratischer Italiener sein; und je weitergehend das Wahlrecht ist, desto größer ist die Aussicht, daß alle diese Schattierungen in der Volksvertretung zum Ausdruck kommen. Tatsächlich finden sie auch höchstens in der numerisch geringen Zahl mancher Nationalitäten ihre Grenze, so daß schließlich jede Spielart politischer Gesinnung nicht mehr durch eine Zahleneinheit dargestellt werden kann. Das Ergebnis ist eine politische Atomisierung, der der nationale Zusammenschluß noch als das stärkste Bindemittel gegenübersteht; für die Aufgabe, mit dem Parlament zu regieren, entstehen aber recht eigenartige und nicht ganz einfache Probleme.

Das Parlament ist in Österreich rund fünfzig Jahre alt; von seinem Vorgänger, dem achtundvierziger Reichstag, kann man wohl absehen, da er ein zu kurzes Dasein geführt hat. In der ersten Zeit des österreichischen Verfassungslebens hat es an Staatsstreichen und Verfassungsänderungen ohne Mitwirkung des Reichsrats nicht gefehlt; die Gegensätze drehten sich im allgemeinen um Zentralismus und Föderalismus. Die Anstöße zu den Veränderungen selbst gingen aber keineswegs vom Parlament aus, das damals von den Landtagen gewählt, eine für die Regierung sehr leicht zu handhabende Körperschaft war. Die ersten zwanzig Jahre des österreichischen Parlamentarismus sind gekennzeichnet durch die Herrschaft des freiheitlichen deutschen Bürgertums. Dabei klang die nationale Note aber nur ganz verstoßen mit; das deutsche Volk war eben wirtschaftlich und politisch am weitesten entwickelt, es konnte in erster Linie die Kräfte stellen, die zur Umschaffung in einen modernen Staat befähigt waren. Außerdem hatte gerade das deutsche Bürgertum den engsten Zusammenhang mit der früher allmächtigen Bürokratie, und der Übergang, oder wohl besser gesagt die Teilung der Gewalt, konnte sich so mit den geringsten Erschütterungen vollziehen. Die erste nationale Auseinandersetzung findet in dieser Zeit mit den Polen statt, denen Galizien auf Kosten des Zentralismus als Herrschaftsgebiet überlassen wird. Mit dem Ministerium Taaffe, das das dritte Jahrzehnt des österreichischen Parlamentarismus vollkommen ausfüllt, treten die nationalen Fragen in den Vordergrund; sie decken sich nicht vollkommen mit den Gegensätzen Zentralismus und Föderalismus. So treten die Deutschklerikalen

der Mehrheit, die aus Slaven besteht, bei. Eine große Rolle spielt aber dabei neben dem Einfluß, den der Klerikalismus dadurch auf die Verwaltung gewinnt, der Autonomiewunsch der Tiroler, die infolge der geographischen Lage des Landes und gewisser geschichtlicher Überlieferungen dem Föderalismus geneigt sind. Die Tschechen behalten den Föderalismus zwar in ihrem Programm, stellen ihn aber zugunsten der einträglichen Politik nationaler Eroberungen vorläufig zurück. Im Jahre 1873 war zwar das direkte Wahlrecht zum Reichsrat an die Stelle der Wahl durch die Landtage getreten, aber durch die starke Vertretung des Großgrundbesitzes in einer eigenen Wahlkurie kam das ständische Prinzip auch hier bis zu einem gewissen Grade zur Geltung. Die Zersetzung der einzelnen nationalen Vertretungen in einzelne Parteien zeigte sich damals noch kaum in den Anfängen.

Trotzdem war die Mehrheit des „eisernen Ringes“, auf die Taaffe sich stützte, alles eher als homogen; sie konnte es schon um deswillen nicht sein, weil sie kein gemeinsames Ziel hatte. Das hätte es etwa geben können, wenn das Ministerium sich die grundsätzliche Durchführung des Föderalismus zur Aufgabe gesetzt hätte. Aber davon war keine Rede. So stellte jede einzelne Gruppe ihre Forderungen, die teils auf nationalem, teils auf rein politischem Gebiet lagen, und die Befriedigung dieser Wünsche hielt die Mehrheit beisammen. Die einzelnen Gruppen waren freilich ziemlich gleichartig; bei den Polen war der Einfluß der Schlachta unwidersprochen, die Tschechen waren durch die Mtschechen vertreten, deren Abgang vom Schauplatz dann mit einem Schläge erfolgte, der Feudaladel war mit ihnen fast solidarisch. Die Deutschklerikalen bildeten gleichfalls eine geschlossene Gruppe, die nur einige wenige Außenreiter hatte, die ihre deutsche Gesinnung mehr betonten. Auch die Opposition, die „Vereinigte Linke“, war eine geschlossene Partei, zahlenmäßig überhaupt die stärkste des Hauses. Als sich trotz dieser verhältnismäßig einfachen Zusammensetzung der parlamentarischen Maschine die Schwierigkeiten Taaffes mehrten, warf er den Gedanken einer Erweiterung des Wahlrechts ins Haus, in erster Linie wohl in der Absicht, die deutsche Opposition dadurch zu schwächen. Aber er hatte damit auch einen wunden Punkt bei den Polen berührt und stürzte über deren Gegnerschaft. Das Ministerium des Grafen Taaffe war das längste seit dem Erlaß einer Verfassung gewesen; nun tritt eine neue Periode ein, die sich durch einen ununterbrochenen Wechsel der Ministerien auszeichnet. Ein Ministerium, das es zu einer Lebensdauer von drei Jahren bringt, mutet schon an wie ein Methusalem. Charakteristisch ist dabei, daß die Ministerien nicht etwa über weittragende politische Fragen, bei großen Gesetzen und einschneidenden Gesetzesvorlagen stürzen, sondern einfach bei der Fortführung der laufenden Geschäfte. So glaubte das Koalitionsministerium Windischgrätz des Wohlwollens der Slowenen nicht entbehren zu können und gestand ihnen slowenische Parallelklassen am deutschen Gymnasium in Gills zu; insolgedessen verweigern die Deutschen dem Ministerium die Gefolgschaft und es muß abtreten. Beiläufig bemerkt war es damals das

letztemal, daß eine nationale Frage im Budget überhaupt zum Ausdruck kam. Graf Badeni brauchte die Hilfe der Tschechen für den ungarischen Ausgleich, gleichfalls eine laufende parlamentarische Notwendigkeit, die sich alle zehn Jahr erneut; und als Preis dafür zahlte er die berüchtigten Sprachenverordnungen, die die Deutschen fast bis zum offenen Aufruhr trieben. Damit ist denn auch die Obstruktion offiziell in die Kampfmittel der Minderheit aufgenommen, und sie wird von da an abwechselnd von großen und kleinen bis kleinsten Parteien des Hauses geübt. Die Regierung hat also nicht nur die Aufgabe, die Parteien der sie unterstützenden Mehrheit zu befriedigen, sondern auch die der opponierenden Minderheit, wenigstens so weit, daß sie auf das äußerste Mittel, die Obstruktion, bei Bekämpfung der Regierung verzichten. Die nationalen Streitfragen durch entsprechende Gesetze zu schlichten, die die Rechte einer Nationalität abgrenzen, gilt von vornherein als aussichtslos, man kämpft lediglich um den Einfluß auf die Verwaltung. Vorübergehend ist die Bewilligung des Budgets — bezeichnenderweise meist in Form von Budgetprovisorien — zu erreichen; der dafür bezahlte Preis besteht in der Überlassung einzelner Ministerien an Vertrauensmänner gewisser, gerade einflußreicher Parteien. Wie diese nun für ihre Nationalität wirken, entzieht sich mitunter eine Zeitlang der Öffentlichkeit, so wenn z. B. der Handelsminister im Ministerium Beck, der Tscheche Fiedler, auf telephonischem Wege Anweisungen über den Sprachgebrauch bei der Prager Postdirektion gab, die im Widerspruch zu den Gesetzen standen. Das läßt sich aber nicht ewig verheimlichen, entgegenstehende nationale Interessen sind verletzt, die Zusammenarbeit der Vertreter verschiedener Nationalitäten wird unmöglich, und das Ministerium muß zurücktreten.

Als Heilmittel gegen den nationalen Zwist wurde der Bureaucratie das allgemeine Wahlrecht von einer kleinen aber einflußreichen Gruppe von Kathedersozialisten empfohlen. Die Bureaucratie nahm den Gedanken teils mit Begeisterung, teils mit einer gewissen Wurstigkeitsstimmung auf. So wurde unter starkem Druck auf widerstrebende Parteien das allgemeine Wahlrecht im Abgeordnetenhaus durchgesetzt, in camera caritatis mit dessen Ökroyierung gedroht. Die Vermehrung der sozialdemokratischen Mandate wurde von der Bureaucratie geradezu ersehnt, denn nun würde es unter dem Druck der sozialdemokratischen Forderung nach positiver Arbeit tabellos gehen. An Erfolgen der Sozialdemokraten hat es nun allerdings nicht gefehlt, sie zogen in einer Stärke von sechshundachtzig Mann in das neue Haus; die Wirkung war aber anders, als man sie erwartet.

Die große Zahl von Sozialdemokraten hat die Bildung einer Mehrheit für eine Regierung neuerdings erschwert. Zwar treten die Sozialdemokraten grundsätzlich für die Arbeitsfähigkeit des Hauses ein und bekämpfen jede Obstruktion, wobei freilich noch zu bezweifeln ist, ob die Grundsätze unter allen Umständen standhalten würden. Aber damit ist einer Regierung, die eine Mehrheit sucht, noch wenig geholfen, sie wird schließlich die Unterstützung der

Sozialdemokraten bei sozialpolitischen Gesetzen finden, wahrscheinlich auch dann, wenn diese den Wünschen der Sozialdemokraten nicht ganz entsprechen; denn die österreichische Sozialdemokratie ist zwar ein Kind der deutschen, jedoch nicht ganz so theoretisch verbohrt wie diese. Aber von sozialpolitischen Gesetzen allein kann eine Regierung nicht leben, sie braucht ein Budget, Rekruten und Steuern; und für all das sind die Sozialdemokraten nicht zu haben. Ihr Interesse richtet sich zurzeit allein auf den Gesetzentwurf einer Altersversicherung, die in ihrer Ausdehnung die deutsche weit übertrifft und alle selbständigen Erwerbstätigen, also Handwerker und Bauern, einbezieht. Die Folgen eines solchen Gesetzes sind kaum übersehbar, zumal wenn man in Betracht zieht, wie verschieden die sozialen Verhältnisse in den einzelnen Provinzen liegen. Man vergleiche hochentwickelte Industriegebiete, wie Nordböhmen, mit dem kulturell überaus rückständigen, rein agrarischen Galizien. Wenn man außerdem die gänzlich unsoziale Steuergesetzgebung Österreichs betrachtet, durch die das Einkommen aus Gebäuden mit über 40 Prozent besteuert ist, eine Steuer, die natürlich auf die Mieter abgewälzt wird und die Ärmsten gerade am härtesten trifft, so wirkt solch ein Gesetz geradezu grotesk. Immerhin ist es das einzige Gesetz, das möglicherweise unter Ausschaltung der nationalen Gegensätze zustande kommen kann, da die meisten bürgerlichen Abgeordneten den Bedürfnissen der Wahlagitation wohl das Opfer der Vernunft bringen werden.

In allen andern Fragen, die Sein oder Nichtsein eines Ministeriums täglich berühren, bestehen im übrigen die nationalen Gegensätze unvermindert.

Welche Mehrheitsbildungen sind hierbei nun möglich? Baron Bienenrth hat sich bisher im wesentlichen auf die Deutschen und Polen gestützt. Die Deutschen teilen sich in zwei Gruppen: den deutschen Nationalverband, der an die achtzig Mitglieder zählt, und die sechshundneunzig Mann starken Christlich-sozialen. Der Nationalverband setzt sich zwar wiederum aus kleineren Fraktionen zusammen, bei denen auch die Betonung des nationalen Standpunktes etwas abgestuft ist, aber praktisch hat die Gruppe bisher doch als Einheit gewirkt. Die Polen verfügen über siebenzig Stimmen, sind indes in vier Fraktionen gespalten in der Stärke von zwölf bis fünfundzwanzig Mann; die Gegensätze sind hier teils politisch (konservativ und demokratisch), teils gruppieren sich die Fraktionen um einzelne Führer. Diese Gegensätze haben auf die Politik des Polenklubs, der die Fraktionen als Gesamtheit zusammenfaßt, stark zurückgewirkt, auch die letzte Ministerkrise herbeigeführt, sie bestehen im übrigen unvermindert fort. Irgendein auf den persönlichsten Ursachen beruhender Streit im Polenklub kann also jederzeit die Mehrheit des Ministeriums gefährden. Aber Deutsche und Polen geben zusammen noch keine Majorität, sie haben nur zweihundertsechshundvierzig Stimmen, das Abgeordnetenhaus zählt fünfhundertsechzehn Ausserkorene, es fehlen also noch dreizehn Mann. Diesen Rest stellen die vierzehn Italiener, dann kommen noch fünf Rumänen hinzu, vielleicht die vier in Galizien gewählten Zionisten und noch der eine oder andre Wilde. So viel man auch

zusammenzutragen sucht, es bleibt eine schwächliche Mehrheit. Und da sie so schwächlich ist, wächst die Macht der kleinsten Fraktion ins Ungemessene. Die Italiener bleiben dem Ministerium nur unter der Bedingung treu, daß sie ihre italienische Rechtsfakultät erhalten. Das Ministerium hat den besten Willen, aber schon in der Mehrheit sind bei dieser Frage Gegensätze zu überbrücken, denn ein Teil der Deutschnationalen will die Fakultät nicht bewilligen, einerseits weil sie ihren Standort in Wien erhalten soll — wenn auch nur vorläufig, aber Provisorien sind in Österreich wegen ihrer Langlebigkeit berühmt —, anderseits weil man die Folgerungen, die die Slowenen mit ihren Universitätsforderungen aus dieser Bewilligung ziehen werden, fürchtet. Aber nicht allein darum handelt es sich; man muß auch die fünfunddreißig Südslawen, die der italienischen Rechtsfakultät heftigen Widerstand leisten, irgendwie von der Obstruktion abbringen. Das kostet wieder nationale Zugeständnisse, die natürlich nur auf Kosten der Deutschen gehen könnten. Diese sind nun nach der letzten Erneuerung des Ministeriums Bienertth sowieso schon mißtrauisch, die Radikalen haben sich bereits „freie Hand“ gegenüber dem Ministerium vorbehalten; tritt wirklich eine Schädigung deutscher Interessen ein, so kann sich der ganze Nationalverband ihrer Gefolgschaft nicht entziehen. Das dritte Ministerium Bienertth kann sich von neuem zusammensetzen.

Dies ist ein Schulbeispiel. Und es gibt keine Möglichkeiten, andere Mehrheiten zu bilden; diese ist — *sit venia verbo* — noch die möglichste. Denn eine slavische Mehrheit gibt es aus eigener Kraft im Abgeordnetenhaus auch nicht. Ein Zusammengehen von Polen, Tschechen und Südslawen wäre wohl möglich, wurde auch von verschiedenen Parteiführern dieser Gruppen schon angestrebt. Aber sie ergeben zusammen nur einhundertsechszwanzig Mann. Die Ruthenen werden nie mit den Polen an einem Strang ziehen, aber selbst wenn sie es täten, gäbe dies noch immer keine Mehrheit. Es bleibt also noch die Möglichkeit, den „eisernen Ring“ unter Laaffe zu bilden. Indes sind die Christlichsozialen von heute mit den Klerikalen von damals doch nicht zu vergleichen. Der größere Teil der Christlichsozialen, die aus Wien und Niederösterreich, können sich der deutschen Gemeinbürgerschaft schon wegen der Tschechengefahr in Niederösterreich nicht entziehen, und selbst die Klerikalen der Alpenländer schwärzerer Färbung könnten einen allzu offenkundigen Verrat deutscher Interessen mit Rücksicht auf die Stimmung ihrer Wähler doch auch nicht mitmachen. Wenn selbst ein solcher Versuch — etwa auf der Grundlage, daß die Tschechen versprechen würden, sich nationaler Vorstöße zu enthalten — bis zur Bildung eines Ministeriums gediehe, so hätte dieses doch eine mehr als beschränkte Lebensdauer, weil die Tschechen ihr Versprechen mit Rücksicht auf ihre Wähler gar nicht halten könnten, von der Möglichkeit, daß eine deutsche Obstruktion gleich einsetzt, ganz abgesehen.

Nun treten an das österreichische Parlament Forderungen für Heer und Marine heran, die eine Mehrbelastung des Budgets mit jährlich rund 150 Millionen Kronen bedeuten. Zum Teil sind diese Bewilligungen von den Delegationen, zum

Teil vom Reichsrat zu leisten. In den Delegationen werden sie voraussichtlich durchgehen, im Reichsrat wird es fast unüberwindliche Schwierigkeiten haben, nicht wegen der Forderungen an sich — mit Ausnahme der Sozialdemokraten wird es keine Partei geben, die nicht bereit wäre, die Mehrforderungen gegen einen bestimmten Preis zu bewilligen —, aber gerade diese Preise sind es, die kein Ministerium bezahlen kann, weil sie sich scharf widersprechen. Aber nehmen wir an, durch irgendein Wunder ginge die Sache doch; dann muß das Geld irgendwie beschafft werden, und das geht schließlich doch nur auf dem Wege neuer Steuern. Das Bewilligen von Steuern ist an sich eine sehr unpopuläre Geschichte; was für Errungenschaften müßten die einzelnen Parteien wohl ihren Wählern nach Hause bringen, um dafür Entlastung zu erhalten?

Der Durchschnittszeitungsleser ist vielleicht geneigt, die Dinge in Österreich mit den parlamentarischen Zuständen in Frankreich zu vergleichen, wo es ja auch Zeiten gibt, da die Ministerien alle drei Monate wechseln und der Karren doch recht und schlecht weiter geht; ich glaube, daß die vorstehenden Ausführungen gegen diesen Irrtum schützen. Es ist vielmehr ein Prozeß fortschreitender Zersetzung des Parlamentarismus in Österreich, den man mit den verschiedensten Arzneien zu behandeln sucht, die indes immer geringere und kürzer dauernde Wirkungen haben. Die Dynastie will jetzt eine Periode aktiverer äußerer Politik eröffnen, die natürlich entsprechender Machtmittel nicht entbehren kann, da helfen alle die kleinen Mittelchen nicht mehr. Seiner ganzen Zusammensetzung nach ist das Parlament zur Mitarbeit dabei nicht fähig. Die äußere Politik des Habsburgerreichs kann nicht großzügig werden ohne eine großzügige Reorganisation im Innern. Das ist das große Problem, das in nächster Zeit in Österreich gelöst — oder auch nicht gelöst werden wird.



## Aus Briefen der Wertherzeit

Von Hermann Bräuning = Oktavio = Darmstadt

(Nachdruck verboten.)

### II.

Abseits vom Treiben der Darmstädter Empfindsamen, wie abseits von den Geniestreichen der Stürmer und Dränger steht der oben schon flüchtig erwähnte Prinzenenerzieher Georg Wilhelm Petersen. Das Wenige, was wir über sein Leben wissen, hat er für Fr. W. Strieders „Grundlage zu einer Hessischen Gelehrten- und Schriftsteller-Geschichte“ (Bd. 10. Kassel 1795, S. 309) aufgezeichnet: 1744 zu Zweybrücken geboren, lehrte er nach vollendeten Studien in Gießen und Göttingen 1770 in seine Heimat zurück und wurde mit der